

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Der Lebensmittelwucher und seine Bekämpfung. — Von der Zukunft der deutschen Baumwollindustrie. — Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter. — Vaterländische Pflicht. — Die Kriegsausgaben. — Ein Aufstieg. — Kalt zusammen! — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Sturm (Gedicht). — Briefkasten. — Berichtigung. — Verbandsanzeigen.

Der Lebensmittelwucher und seine Bekämpfung.

Leicht ist es nicht, des Lebensmittelwuchers in Deutschland Herr zu werden. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die „ehrenwerten Mithbürger“, welche die gegenwärtige bedrängte Lage des deutschen Volkes benutzen wollen, um mit Hilfe der Erzeugung von Notständen und Hunger große Vermögen zu erpressen, aalglatt allen Verfügungen der Behörden zu entschlüpfen wissen, um ihr Handwerk weiter zu betreiben. Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Schweinefleisch trat das recht nachteilig wirkend zutage. Trotz Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln, trotz Ermahnungen des Deutschen Landwirtschaftsrates, daß jeder Landwirt hier im Innern ohne Zögern die Lebensmittel zur Verfügung stellen solle, damit der Aus Hungersplan der Feinde Deutschlands zushanden wird, trotz alledem halten viele Landwirte die Kartoffeln zurück und bringen große Teile des Volkes in harte Bedrängnis. Besonders aus dem Westen Deutschlands kommt recht bewegliche Klagen der Behörden großer Industriestädte über Mangel an Zufuhr von Kartoffeln. Viele Landwirte hoffen eben immer noch auf eine Wiederholung dessen, was sich im vorigen Jahre abspielte, sie hoffen, daß die Regierung schon noch kommen und die Höchstpreise für Kartoffeln erhöhen werde. Die Regierung hat aber schon vor mehreren Wochen auf das bestimmteste erklärt, eine Erhöhung der Höchstpreise sei auf keinen Fall zu erwarten. Aber gerissene Händler wissen sich auch so zu helfen. In Greiz wurde dieser Tage ein ganz besonders geriebene Exemplar solch eines Händlers zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er die Notlage einer Gemeinde ausgenutzt hatte, um für Kartoffeln höhere als die Höchstpreise zu erlangen. Es handelt sich um einen Millionär, den Kaufmann Hermann Schifftan aus Breslau, einen Mann, der, wie die Verhandlung vor Gericht ergab, sogar Vertrauensmann der Reichsregierung und des sächsischen Ministeriums des Innern ist, dem er die Marktberichte liefert.

Ja, wenn das so ist, wenn das geschieht am grünen Holz der Vertrauensmänner der Regierung, dann braucht man sich über nichts mehr zu wundern. Der Mann, der den Handel wirklich im großen betreibt, der einmal vom Reichsamt des Innern einen Auftrag zur Versorgung von 1500 000 Zentnern Kartoffeln bekam, wird die 2000 Mk. Strafe — der Staatsanwalt hatte 7000 Mk. beantragt — gewiß leicht verschmerzen. Mit solchen Strafen scheidet man die Wucherer nicht ab. Wo bleiben denn die Strafen, von denen der Staatssekretär Herr Dr. Delbrück während der Augusttagung des Reichstages Erwähnung tat? Harte Strafen, auch Ehrenstrafen, kündigte er an für solche Leute, die die Notlage des Volkes zu ihrem Vorteil auszunutzen würden. Hier, bei einem Manne, der bisher Vertrauensmann an zweier Regierungen war, wäre es doch gewiß angebracht gewesen, Strafen zu verhängen, wie sie der Staatssekretär Herr Dr. Delbrück ankündigte.

In Köln a. Rh. sitzen ein paar Altimetalhändler, die Herren Abraham und Sally Salm. Der Altimetalhandel ist nun zwar in diesem Kriege durchaus nicht etwa unlohnend, lohnender aber ist offenbar das Geschäft mit dem Hauptnahrungsmittel der Armen, den Kartoffeln. Also Abraham und Sally Salm legten sich auf den Kartoffelhandel, mit dem sie unter Ueberbeherrschung der Höchstpreise in zwei Monaten 50 000 Mk. verdienten. Sie flogen dafür aber nicht ins Gefängnis, büßten auch nichts an ihren Ehrenrechten ein, sondern wurden wegen Ueberbeherrschung der Höchstpreise verurteilt zu je 1000 Mk. Geldstrafe. 50 000 Mk. Gewinn, ab 2000 Mk. Geldstrafe, beläßt Gewinn 48 000 Mk. Das ist noch ein Geschäft! 24 000 Mk. Gewinn pro Mann am Kartoffelwucher in zwei Monaten, und das noch nach Abzug von 1000 Mk. Geldstrafe! Kann das denn jemand abschrecken? Selbstverständlich nicht. Die Strafe muß höher sein als der Gewinn, erst dann wird den Wucherern die Lust zu ihrem unsauberen Handwerk vergehen.

Wir haben ja nun zwar Höchstpreise für Schweinefleisch, aber Schweinefleisch bekommen wir nicht. Und zwar bekommen wir nicht etwa deshalb kein Schweinefleisch, weil wir in Deutschland keine Schweine haben. O nein! Wir haben in Deutschland trotz der verriichten Abschachtung im Frühjahr ziemlich viel Schweine; auch viel

schlachtweise Schweine, aber wir bekommen kein Schweinefleisch, weil wir Höchstpreise für Schweinefleisch haben. In dieser Tatsache drückt sich der ganze Jammer und die ganze Ohnmacht der Maßnahmen zur Sicherung preiswerter Lebensmittel für die Volksernährung aus. Die Viehhändler, denen durch die Höchstpreise für Schweine die Möglichkeit beschritten worden ist, unbeschränkten Wucher zu treiben, boykottieren systematisch die Bevölkerung, in dem sie keine Schweine auf die Märkte bringen. Der „Hannoversche Kurier“ hat dies in diesen Tagen einwandfrei festgestellt. Die Viehhändler haben in der letzten Zeit unerhörte Wuchererträge für Schweine genommen. In Leipzig wurde einer, der Viehhändler Karl Friedrich Wed aus Deutsch-Luppa, weil er für Schweine einen Preis gefordert hatte, der nach der Marktlage nicht begründet gewesen ist, nach § 5, 1 der Bundesratsverordnung zu 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Für neun Schweine hat B. im Einkauf 2059,23 Mk. bezahlt. Er verkaufte sie in Leipzig für 2335,75 Mk., hatte also einen Verdienst von 276,52 Mk., d. h. für ein Schwein 30 1/2 Mk. Für einen Transport von zehn Schweinen hatte B. im Einkauf 1991,74 Mk. bezahlt. Auf dem Leipziger Schlachthof löste er aber beim Verkauf eine Summe von 2470 Mk., d. h. er hatte einen Verdienst von 478,26 Mk. für ein Schwein 47,82 Mk. Der wegen Preiswuchers Angeklagte machte geltend, daß er die Bundesratsverordnung nicht gekannt habe. (1) Er habe geglaubt, er könne nehmen, was er bekommen könne.

Da die Händler nicht kaufen, verkaufen viele Landwirte an die Konservenfabriken, von denen sie einen höheren Preis bekommen. Das ist doch auch eine Ueberbeherrschung der Höchstpreise. Und da auch diejenigen bestraft werden, die mehr als die Höchstpreise zahlen, so müßten die Konservenfabriken beim Schlund genommen werden.

Es ist geradezu staunenerregend, was heute alles an Lebensmitteln zusammengemischt wird. Im „Berliner Tageblatt“ fanden wir folgende Angebote:

Rinder- und Pflanzenfett

Centner M. 220.— ab Dortmund. Lieferbar wöchentlich ca. 100 Centner.
Kaufhaus Neter, Aplerbeck.
Telegr.-Adr.: Neter, Aplerbeck. Telefon 654 Hörde.

Rindfleischkonserven

im eigenen Saft 2 Millionen 1 Kilo-Dosen verkauft S. Frank, Motzstrasse 8. Nollendorf 311.

Lebensmittel.

100.000 Kg. Kohlrabi, Schmalz, Schensfleisch, 30.000 Kg. Wetzur und Leberwurst in 1/2 Kg.-Dosen kann wöchentlich geliefert werden.
1000 Kg. Kakaopulver in 5 Kg.-Paketen, fische aller Art, frische und geräucherter, verkauft
Wolfgang Jürgensen, Hotel Stralsund, Invalidenstr.

Gabe pr. prompt ca. 20000 Dosen
Rinderschwanzsuppe und **Mockturtlesuppe**
bid und klar, in ein und zwei Pf.-Dosen nur an Selbstkäufer abzugeben. Angebote erbitte
C. Compas, Rheoc. Telephon 364.

Jetzt sollen also die schlachtweisen Schweine auch in Konservenbüchsen gepackt werden, damit sie für Wucherzwecke leichter verwendbar sind. Denn mit dem Konservenfleisch wird eine geradezu tolle Prellerei getrieben. Kauft man frisches Fleisch beim Schlächter, dann sieht man wenigstens, was man bekommt, aber wenn man Konservenfleisch kauft, erlebt man gewöhnlich zu Hause eine zu Empörung treibende Enttäuschung. Da nun die Gemeindebehörden behaupten, sie seien gegenüber diesen Vorgängen auf dem Schweine- und Schweinefleischmarkt machtlos, so muß die Reichsregierung einschreiten, um dem Volke die Zufuhr von frischem Schweinefleisch und Schmalz zu ermöglichen.

Ja und mit dem Schmalz, da wird unerhörter Betrug geübt. Schmalz wird angeboten als „garantiert reines Schweineschmalz“, das bis zu 50 Proz. Hammeltalg enthält. Und wenn es nur noch immer Hammeltalg wäre! Hier muß auch ein Miegel vorgeschoben werden. Wollen die Schlächter Hammeltalg ausstraten, dann mögen sie es tun, dann mögen sie es aber entsprechend dem Preise für Hammelfleisch in ungemischtem Zustande als Hammeltalg verkaufen und es nicht zu 2,50 Mk. und darüber als „reines Schweineschmalz“ in den Handel bringen.

Was heute sich Fettwarenfabrikanten herausnehmen, dafür diene die folgende Mitteilung des Inhabers eines großen

Provinzwarenhouses an den „Konfektionär“. Sie lautet:

„Manche unserer Lieferantenfirmer sitzen jetzt auf einem sehr hohen Pferd. Sie glauben, mit uns machen zu können, was sie wollen. Recht bezeichnend für diese Anschauungen ist folgender Brief, den ich von einer großen Seifenfabrik erhielt und der folgendermaßen lautet:

„Den mir durch meinen Vertreter übermittelten Auftrag auf 10 Zentner Haushaltseife reiche ich Ihnen einliegend zurück, mit dem Bedauern, denselben nicht vormerken zu können. Diese Seife kostet heute allerwärts 65 Mk. per Zentner frei ab hier, rein netto Kasse nach Empfang der Rechnung. Zahlungs- und Erfüllungsort hier. Die Seife ist verpackt in Kisten von zirka 1 Zentner Inhalt, wobei jede Kiste, auch wenn solche etwas weniger als 1 Zentner enthalten sollte, für 1 Zentner berechnet wird. Jedes Stück soll 500 Gramm wiegen, doch kann ich eine Garantie für dieses Gewicht nicht übernehmen.“

Wenn Sie die Seife zu diesen Bedingungen von mir zu erhalten wünschen, bitte ich um Ihre gefl. Mitteilung.“

Treu und Glauben, die vielgerühmte Hauptzierde des deutschen Handels, scheint ganz zu den Kunden geflohen zu sein.

Da ist es wirklich geradezu herzerfrischend, wenn man sieht, daß, leider viel zu selten, die Polizei einschreitet, um den Wucher zu verhindern. Die Polizei in Güstrow beschlagnahmte auf dem Markte Gänse, die zu 2 Mk. das Pfund angeboten wurden, nach fachverständiger Schätzung aber nur mit 1 Mk., 1,30 Mk. und 1,65 Mk. das Pfund gewertet wurden. Der Erlös wurde der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, welche die Handelsleute wegen Nahrungsmittelwuchers unter Anklage stellen wird.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar scheinen die Markthandelsleute auch auf die Möglichkeit der Brandstiftung der Käufer gerechnet zu haben. Die Behörden hatten aber einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Das sollte durch einen Boykott der Märkte vergolten werden. Jetzt hat die Großherzogliche Regierung eine Verordnung erlassen, die allen Markthändlern, die bisher in den beteiligten Gemeinden ihre Waren auf dem Markt abgesetzt haben, beim Fernbleiben von den Markttagen den Zutritt zu den Märkten auf fünf Jahre verbietet.

Das ist eine sehr anerkennenswerte Maßregel. Ebenso anerkennenswert ist die Antwort, die der Landrat des Kreises Wanzleben einer Anzahl Interenten in Magdeburg erteilte, denen die Festsetzung des Höchstpreises von 2,75 Mk. für einen sechs pfündigen Hahn nicht hoch genug war. Der Landrat bezeichnete diesen Preis als für durchaus angemessen und begründete das wie folgt:

„Da im Gegensatz zu der Erzeugung alles zahmen Fleisches die Kosten für die Erziehung des Wildes, ebenso wie die Jagdpachten, nicht gestiegen sind, so ist es nur gerechtfertigt, den Preis für Hahn nicht an der allgemeinen Preissteigerung mit teilnehmen zu lassen, sondern einen Höchstpreis innezuhalten, der eine durchaus lohnende Bezahlung der Jagdberechtigten gewährt, andererseits die Möglichkeit bietet, der allgemeinen, gewiß auch von Ihnen anerkannten Fleischnot etwas zu steuern. Daß in Berlin Wucherpreise gefordert werden, bleibt für den hiesigen Bezirk ohne Einfluß auf den Entschluß der B. hörden.“

Man braucht sich gar nicht zu wundern, daß sich ob dieses schamlosen Treibens der Lebensmittelwucherer in der Bevölkerung, besonders bei unseren Frauen, ein bitterer Groll festgesetzt hat. Es hätte dazu nicht kommen brauchen, wenn gleich von Anfang des Krieges an eine planmäßig organisierte Kriegswirtschaft auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung eingesetzt hätte, wie es von den Gewerkschaften verlangt wurde und wie sie nur, leider recht zögernd, organisiert wird. Wir haben keinen Mangel an gewissen Genußmitteln für die breite Masse der Bevölkerung; höchstens haben wir einen Mangel an gewissen Genußmitteln für die oberen Zehntausend. Aber das ist gar kein Fehler. Die oberen Zehntausend können ruhig einmal etwas entbehren; vielleicht wirkt diese Entbehrung etwas erzieherisch, und zwar nach der Richtung größerer Bescheidenheit in der Anteilnahme am Mehrwert der Arbeit.

Also Lebensmittel haben wir genügend. Und wenn sich die Regierungen in England und Frankreich in neuerer Zeit der verstärkten Hoffnung hingeben, der Hunger könnte schließlich doch noch die gigantische Kraft Deutschlands brechen, so werden sie, wenn dem Wucher das Genick gebrochen wird, wenn man ihn schärfer, drakonischer bekämpft als bisher, sehr bald in Erfahrung bringen, daß sie um eine Enttäuschung reicher geworden sind.

Dabon jedoch kann keine Rede sein, daß die Presse in Deutschland in der Bekämpfung des Wuchers nachlassen soll, so lange dieser Wucher besteht. Wenn das Ausland aus dieser Bekämpfung des Wuchers falsche Schlüsse zieht, so ist nicht die Presse daran schuld, sondern die Wucherei. Wir wissen, daß sich die Presse das Verdienst erworben hat, den Eisen jener Stellen zu fördern, die dazu berufen sind, die Volksernährung so zu gestalten, daß das deutsche Volk den Weltbrand überstehen kann, ohne darin

unterzugehen. Das ist das Wichtigste! Und wird man in Zukunft in der Bekämpfung des Wuchers energischer vorgehen, würde man ihn ganz ausrotten und uns dadurch der Notwendigkeit erheben, mit dem übrigen Teil der deutschen Presse den Kampf gegen den Wucher weiterzuführen zu müssen: niemand würde mehr Freude daran haben als wir.

Von der Zukunft der deutschen Baumwollindustrie.

Es ist natürlich unmöglich, heute zu sagen, so oder anders wird die Zukunft der deutschen Baumwollindustrie beschaffen sein. Aber darüber besteht schon jetzt kein Zweifel mehr, daß nach dem Kriege auch für die deutsche Baumwollindustrie eine Periode der Neuorientierung kommen wird. Selbst wenn der Krieg, was wir wohl alle hoffen, recht bald mit einem für Deutschland günstigen Ergebnis zu Ende geht, und selbst wenn dieses Ende, was wir ebenfalls hoffen, in naher Zukunft da sein sollte, wird die deutsche Baumwollindustrie vor keine leichte Aufgabe gestellt sein. Die lange Dauer des Krieges, dann aber auch der furchtbare Haß, der mit der Dauer des Krieges an Heftigkeit in den Völkern zunimmt, beides wird vieles, wenn nicht alles zerstört haben, was die deutsche Baumwollindustrie in den vergangenen Jahren an Handelsverbindungen geschaffen hatte. Ganz neue Abfluskanäle für die deutschen Baumwollprodukte werden nach dem Ausland gesucht werden müssen. Und wenn auch der deutschen Industrie im allgemeinen und der deutschen Baumwollindustrie im besonderen eine leichte Anpassungsfähigkeit nachgerühmt wird, so werden doch immerhin erst mancherlei trübe Erfahrungen als Lehrgeld in Kauf genommen werden müssen, ehe wieder alles seinen geordneten Gang geht. Noch weiß heute niemand, mit welchem Ergebnis das gewaltige Ringen zwischen den kapitalistischen Staaten enden wird, aber sicher darf man darauf rechnen, daß alle kapitalistischen Staaten mehr denn je darauf bedacht sein werden, den Absatz im eigenen Lande möglichst der eigenen Industrie vorzubehalten. Die Schutzpolitik dürfte auch schon, um das große Loch im Steuerfädel, das der Krieg gerissen hat, stopfen zu helfen, in allen Ländern, auch in dem bisherigen Freihandelsland England, weitere Fortschritte machen. Dazu kommt, daß die Hauptkonkurrenzländer der deutschen Baumwollindustrie, England und Amerika, nicht müßig sind, deutsche Baumwollprodukte aus ihren früheren Absatzgebieten zu verdrängen. In Manchester ist von den englischen Textilindustriellen eine Ausstellung deutscher Textilprodukte ins Leben gerufen worden, um der englischen Textilindustrie Gelegenheit zu geben, diese Produkte kopieren zu können.

Man sollte solche Bestrebungen nicht unterschätzen. Wir haben englische Baumwollfabriken besichtigt, wir haben gesehen, daß diese Fabriken eine ganz ungewöhnlich gute technische Ausrüstung besaßen und die darin beschäftigte Arbeiterkraft große Fertigkeit besitzt. Es kommt ferner hinzu, daß die englische Baumwollindustrie infolge ihrer konzentrierten Lage sehr gute Transportmöglichkeiten für ihre Rohstoffe und Betriebsmittel besitzt und deshalb eine günstigere Produktionsmöglichkeit hat als die deutsche Baumwollindustrie. Auch in bezug auf die Organisation des Warenabfahes kann die englische Baumwollindustrie eine ganz andere Rüstung aufweisen wie die deutsche.

Die „Association of Importers and Exporters“ in Manchester ist ein mächtiger Hebel für die Gebung des Exports. Diese Organisation sendet sogar Expeditionen in die Absatzgebiete anderer Industrieländer, um erkunden zu lassen, welche Ansprüche die Käufer stellen und welche Produkte Eingang gefunden haben. So etwas kann der einzelne Unternehmer gar nicht unternehmen; aber die Gesamtheit kann es.

Nun liegen ja freilich in Deutschland die Verhältnisse für eine solche Organisation nicht so günstig wie in England. In Deutschland ist die Baumwollindustrie über das ganze Reich verteilt, und was Löhne und Kosten der Betriebsmittel anbetrifft, ist sie zu vielfach recht ungleichen Produktionsbedingungen placiert. Baumwollfabriken, die in den Revieren anderer Industrien liegen, werden in der Regel höhere Löhne zahlen müssen wie Fabriken in abgelegenen Gebirgstälern. Und Fabriken, welche die Betriebsmittel vor der Tür haben, stehen sich günstiger als jene, die für den Transport dieser Betriebsmittel große Kosten aufwenden müssen. Solche Unterschiede in den Produktionskosten erschweren vielfach gemeinsames Handeln. Sind hingegen, wie in England, wo die Baumwollfabriken alle in einem Bezirk zusammen liegen, die Produktionskosten der Fabriken so ziemlich gleich, dann ist eine Vereinigung zur Förderung des Abfahes viel leichter.

Es wird aber der deutschen Baumwollindustrie für die Zukunft nichts anderes übrig bleiben, als die Schwierigkeiten, die einer Organisation des Warenabfahes im Wege standen, zu ignorieren oder zu beseitigen. Hier wird die Neuorientierung einsehen müssen. Erfreulicherweise sind unter dem Drange des Krieges schon die Ansätze zu dieser Neuorientierung geschaffen worden.

Die große Wichtigkeit der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie während des Krieges erforderte es, daß für eine besondere Organisation Sorge getragen wurde. Es kam zur Gründung der Kriegsrohstoffabteilung im preussischen Kriegsministerium. Diese Kriegsrohstoffabteilung war gegliedert in verschiedene Sektionen; darunter befand sich auch die für die deutsche Baumwollindustrie, deren erster Leiter der Universitätsprofessor Herr Dr. Bruch war, und die jetzt von Herrn Legationsrat Rittmeister Markwaldt geleitet wird. Es sind dann noch verschiedene andere Organisationen geschaffen worden. Wichtig ist die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, die es bewirkt hat, daß die Baumwolle zur Munitionserzeugung vollständig entschädigt gemacht wurde. Weiter wurde gegründet der Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie, der zum erstenmal Spinner und Weber in einer Organisation zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen vereinigt. Man erwartet, daß sich aus diesem Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie eine dauernde Organisation entwickeln werde. In einer Sitzung zu Ehren des aus dem Kriegsministerium scheidenden Universitätsprofessors Dr. Bruch, am 10. November d. J., kam der Ausschussende in seiner Ab-

schiedsrede auf die zukünftigen Aufgaben des Kriegsausschusses für Baumwollindustrie zu sprechen, die nach dem Kriege zu erfüllen sein werden. Er meinte, der Kriegsausschuß werde auch nach dem Kriege große Aufgaben für das Weibstoff vorzubereiten und zu erfüllen haben. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß irgendeine Form für gemeinsamen Einkauf und gemeinsame Ausfuhr gesucht und gefunden werden würde, und darüber hinaus könne es zu weitergehender Kartellbildung und zu Gegenströmungen, die auf ein Monopol hinaus zielen, kommen. Solche großen Aufgaben könnten nur zur Hälfte von der Beamtenschaft gelöst werden, zur anderen und vielleicht wichtigeren Hälfte sei die Selbstverwaltung von Industrie und Handel dazu nötig, wie sie im Kriegsausschuß der deutschen Industrie jetzt vorhanden sei. Dieses würde eine der größten neuzeitlichen Erwerbungsformen des öffentlichen Lebens sein und sich den Stein-Gardenbergischen Reformen an die Seite stellen können. Wir haben in Deutschland das integrierende Beamtentum, aber dieses müsse, um schlagkräftig ins wirtschaftliche Leben eingreifen zu können, ergänzt werden durch die Schnelligkeit und Anpassungsfähigkeit der privaten Industrie. Es würde vielleicht damit allerdings auch die Gefahr des Amerikanismus und Snobismus für diese und für das öffentliche Leben selbst heraufbeschworen werden, aber diese könnte durch Selbsterziehung der beteiligten kaufmännischen Kreise gebannt werden.

Daß in irgendeiner Form eine Organisation geschaffen werden muß, die Aufgaben erfüllt, wie sie Herr Professor Dr. Bruch hier aufgezeigt hat, darüber dürfte wohl allseitige Erkenntnis der Notwendigkeit vorhanden sein. Denn der Konkurrenzkampf wird nach dem Kriege in anderen Formen und mit ganz anderen Mitteln geführt werden müssen. Es geht nicht an, ihn etwa wieder zum Schaden der Arbeiter auf deren Kosten auszukämpfen zu wollen. Aber die Textilarbeiter ersehen aus den Andeutungen des Herrn Professor Dr. Bruch, welche gewaltige Koalition innerhalb der deutschen Baumwollindustrie angestrebt wird, und daß es daher die Sorge der Arbeiter sein muß, einer solchen gewaltigen Koalition ihrer Industrie eine gleichwertige Organisation der Arbeiter gegenüberzustellen, wenn anders sie nicht Gefahr laufen wollen, daß sie wieder die Kosten des Konkurrenzkampfes zu tragen bekommen. Je stärker und finanziell leistungsfähiger die Textilarbeiterorganisationen nach dem Kriege dastehen werden, um so mehr werden sie die Textilindustrie zwingen, den Konkurrenzkampf in anderer Weise führen zu müssen. Die Textilarbeiterkraft sei also nicht saumäßig, sondern stärke den Verband durch Zuführung neuer Mitglieder und pünktliche Zahlung der Beiträge für die kommende Zeit schärfsten Wettkampfes auf dem Weltmarkt.

Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter.

Der Mangel an sozialer Einsicht tritt bei der Fürsorge für erwerbslose Textilarbeiter noch recht häufig zutage. Aus dem Königreich Preußen hört man über diese Frage sehr wenig. Es ist aber notwendig, daß nun auch hier die Sache in Bewegung kommt. Nun wurde den „Berliner Neuesten Nachrichten“ Mitte November 1915 geschrieben, der Bundesrat habe in seiner Sitzung vom Donnerstag, den 18. November, eine Verordnung erlassen, durch die besondere Mittel zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Fürsorge für solche Angestellte und Arbeiter, die in Betrieben der Textilindustrie infolge von eingetretenen Arbeitsbeschränkungen erwerbslos geworden sind, bereitgestellt werden. Auch über die Verwendung der Mittel sind Bestimmungen erlassen. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitseinschränkungen in Textilgewerbe mit Maßnahmen der Geesverwaltung zusammenhängen, geht die Beteiligung des Reichs über das bei der allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege als regelmäßige Höchstgrenze für die Beihilfe des Reichs festgesetzte Drittel hinaus bis zur Hälfte des Gesamtaufwandes. Für einzelne Bezirke oder Gemeinden, in denen die Textilindustrie das Hauptgewerbe bildet, kann durch Beschluß des Bundesrats bis zu zwei Dritteln, ausnahmsweise beim Vorliegen eines besonderen Notstandes bis zu drei Vierteln des Gesamtaufwandes bewilligt werden. Für Teile des Reiches, die im Kriegsoperationsgebiet liegen, darf diese Grenze noch überschritten werden.

Als Zeitpunkt für den Beginn der Fürsorge ist der 1. Oktober 1915 festgesetzt. Die Ausgabe wird sich nach dem auftretenden Bedürfnis richten müssen.

Um die Entlassung von Arbeitern nach Möglichkeit zu vermeiden oder sie tunlichst zu verlangsamen, ist für Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw. eine Einschränkung der Arbeitszeit auf höchstens fünf Tage der Woche mit je zehn Stunden verordnet, durch Verwaltungsmaßnahmen ist ferner die Vermeidung von Ueberarbeit vorgesehen, der Bezug ausländischer Textilarbeiter verhindert und die Unterbringung arbeitsloser Textilarbeiter in anderen Berufen nach Möglichkeit gefördert.

Die Sache ist recht sonderbar. Am 18. November 1915 erläßt der Bundesrat eine Verordnung zur Unterstützung erwerbsloser Textilarbeiter mit Wirkung ab 1. Oktober 1915. Was besagt das? Das besagt doch, daß man im Bundesrat überzeugt war, der durch die Verordnung zu behandelnde Notstand bestand schon am 1. Oktober 1915. Dann hätte man aber doch mit der Verordnung früher kommen sollen, vielleicht wären wir dann auch in Preußen mit der Regelung der Unterstützung schon etwas weiter. Denn selbst die „Berliner Neuesten Nachrichten“ geben zu, daß diese Reichsunterstützung noch nicht genügend geregelt sei. Sie ist ganz besonders in Preußen noch nicht genügend geregelt. Es wurde einmal in früherer Zeit das Wort geprägt: „Preußen in Deutschland voran!“ Es wäre sehr wünschenswert, wenn man sich in Preußen an den Stellen, die es angeht, einmal an dieses Wort erinnerte. In Schlesien und in Rheinland-Westfalen sieht es um die Lebenshaltung der Textilarbeiter doch wahrlich schlecht genug aus. Nun haben ja auch einige Gemeinden mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung begonnen, aber meist ist diese recht unvollkommen und die meisten Gemeinden rühren sich gar nicht. Dort, wo

sozialdemokratische Arbeitervertreter sitzen, haben diese angebohrt und versucht, die Gemeinden zur Hilfeleistung zu veranlassen; wo aber solche Fürsprecher der Arbeiter fehlen, da geschieht meist nichts. Wir betonen stark, daß dies nicht nur höchst bedauerlich, sondern auch sehr gefährlich ist. Wenn Preußen in Deutschland vorangehen will, dann wird es in der Kriegsfürsorge für die erwerbslosen Textilarbeiter nicht mehr dazu kommen, denn die kleineren Bundesstaaten sind ihm längst vorangegangen. Baden und Bayern haben die Frage von oben herab geregelt. Bayern hat die Fürsorge in ein einheitliches System gebracht. Sachsen konnte sich zwar nicht dazu aufschwingen, die Unterstützung nach einheitlichen Sätzen, ähnlich wie in Bayern, zu bemessen, aber dank der Tatsache, daß in den meisten sächsischen Textilarbeitergemeinden sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden sind, gelang es, wenn auch mancherorts nicht in dem erforderlichen Umfange, Unterstützung herbeizuschaffen. Was in Preußen bisher nach dieser Richtung hin von oben herab unternommen worden zu sein scheint, ist zu unbestimmt, als daß alle Gemeindeverwaltungen wüßten, was sie nun beginnen sollen. Im Oktober d. J. sind wohl Anweisungen an die Land- und Stadtkreise ergangen — wenigstens liegt uns für die Provinz Brandenburg ein solches Rundschreiben, das wir nachfolgend abdrucken, vor —, aber von diesen Behörden im Lande geschieht nicht das Erforderliche. An die Land- und Stadtkreise der Provinz Brandenburg erging folgendes Schreiben:

Der Landesdirektor
der
Provinz Brandenburg.
Berlin W., den 18. Oktober 1915.

In einzelnen Gewerben wird wegen des Mangels an Rohstoffen und zum Teil auch wegen des Rückgangs von Militäraufträgen in absehbarer Zeit mit einer erheblichen Einschränkung der Arbeit der in diesen Gewerben bisher beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet werden müssen.

Wenn es auch gelingen wird, einen Teil der freiverwendenden Arbeitskräfte anderweit auf dem Arbeitsmarkte unterzubringen, so wird es sich doch nicht erreichen lassen, die Erwerbslosigkeit ganz zu beseitigen, so daß die von dem Provinzialverband gemeinschaftlich mit der Landesberufungsanstalt Brandenburg ausgeübte Erwerbslosenfürsorge, deren Inanspruchnahme sich erfreulicherweise in den letzten Monaten bei den günstigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes wesentlich verringert hat, in der Folgezeit stärker in Anspruch genommen werden wird. In den Kreisen des Textilgewerbes, für welches die oben geäußerte Befürchtung voraussichtlich zuerst eintreten wird, wird geplant, der Erwerbslosigkeit dadurch zu begegnen, daß diejenigen Arbeitnehmer, deren anderweitige Unterbringung nicht möglich oder nicht zweckmäßig erscheint, weiterhin in den Betrieben bei verkürzter Arbeitszeit oder an einzelnen Tagen der Woche bei voller Arbeitszeit beschäftigt werden. Die Durchführung dieses Plans würde den nicht hoch genug zu veranschlagenden Erfolg haben, daß größere Bevölkerungsklassen von einer völligen Arbeitslosigkeit und ihren demoralisierenden Folgen verschont bleiben. Andererseits wird es bei Durchführung des Plans nicht durchweg der Fall sein, daß den weiterbeschäftigten Personen durch Zahlung des Lohnes für ihre verringerte Arbeit bereits das Existenzminimum gewährt wird; vielmehr werden hierzu noch Zuschüsse erforderlich werden. Soweit diese Zuschüsse nicht von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dem Reiche oder dem Staate geleistet werden, wird ergänzend die Erwerbslosenfürsorge der Provinz und die Landesberufungsanstalt eintreten. In welcher Weise dies im einzelnen zu geschehen hat, unterliegt der Vereinbarung zwischen den zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge berufenen Gemeinden einerseits und der Provinzialverwaltung und der Landesberufungsanstalt andererseits. Ich erlaube deshalb ergebenst, feinerzeit mit einem entsprechenden Antrage unter möglichst eingehender Darstellung der Verhältnisse an mich heranzutreten.

(Unterschrift.)

Das Schreiben des Herrn Landesdirektors kann sich in keiner Beziehung messen mit der Ministerial-Entscheidung in Bayern oder mit den Grundsätzen, die über das Unterstützungswesen für die erwerbslosen Textilarbeiter in Sachsen von dem sächsischen Ministerium herausgegeben wurden. Es wird der preussischen Regierung nichts anderes übrigbleiben, als ähnlich wie in Baden, Bayern und Sachsen die hauptsächlich beteiligten Bezirksbehörden, die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammenzuberaufen, um mit diesen die Grundsätze zu beraten, nach denen die Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter in Preußen geregelt werden soll. Wir wissen, daß unsere Verbandsfunktionäre in den preussischen Bezirken der Textilindustrie Deutschlands in dem hierfür notwendig befundenen Sinne auf die Behörden einwirken, aber es scheint sehr schwer zu sein, diese in Bewegung zu bringen. Da möchten wir denn nicht unterlassen darauf zu verweisen, daß, wie aus allen Verhandlungen über diese Frage, besonders durch Äußerungen der Gemeindebehörden, ersichtlich geworden ist, die Textilarbeiter mit ihrem Leben in äußerster Bedrängnis gekommen sind und die vorgesehene Hilfe nun auch allerwärts bereitgestellt werden muß.

In der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Landeshut, einer Stadt mit reiner Textilarbeiterbevölkerung, wurde die Bitte ausgesprochen, die Stadt möge aus eigenen Mitteln zur Beschaffung von Schuhen für arme Schulkinder beitragen. Die Not sei furchtbar groß unter der armen Bevölkerung. Nun muß man bedenken, daß in Landshut die Leinenindustrie vorherrschend ist, in welcher der Rohstoffmangel bisher nicht so fühlbar gemessen ist wie in der Baumwollindustrie. Wie aber mag es in den Familien aussehen, wo die Arbeitseinschränkung das Einkommen erheblich vermindert? Also es ist in Preußen keine Zeit mehr zu verlieren.

Die bestehende Arbeitslosigkeit der Textilarbeiter wird nun auch noch von Leuten auszunutzen gesucht, die das Bestreben zu haben scheinen, den Armen die letzten etwa noch vorhandenen Groschen abzuschwindeln. In Bayern hat sich das Generalkommando genötigt gesehen, den Zeitungen die Ausnahme von Inseraten zu verbieten, in denen angebliche Stickergeschäfte unter den verschiedensten Namen Nebenverdienste durch leichte Handarbeiten anbieten. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um Stickergeschäfte, sondern um Händler, die eine ganz wertlose Stickermaschine verkaufen wollen. Wer auf das Inserat hineinfällt und hinschreibt, erhält keine leichte

Handarbeit zugewiesen, sondern die schriftliche Anpreisung einer Stüchmaschine. Arbeit haben diese Händler natürlich keine, so daß das Geld für die Maschine hinausgeworfen ist. Man lasse sich also nicht durch solche Inzerate verleiten. Wer noch ein paar Pfennige besitzt, der wird sie in der kommenden Zeit sicher noch besser zu seinem eigenen Nutzen verwenden können.

Im Gebiete der sächsisch-thüringischen Webereien nimmt die Erwerbslosigkeit der Textilarbeiter sehr großen Umfang an. In dem Hauptindustriecentrum Gera standen jetzt im Oktober nahezu so viel Stühle leer, wie im Juli 1914, also bei Ausbruch des Krieges, besetzt waren.

Nachstehend der Nachweis dafür.

Webstuhlstatistik für Gera im

Firma	Oktober 1915					Juli 1914					Weniger beschäftigt			Mehr	
	Webstühle		Beschäftigt			Webstühle		Beschäftigt			männl.	weibl.	Sa.	weibl.	männl.
	besetzt	leer	männl.	weibl.	Sa.	besetzt	leer	männl.	weibl.	Sa.					
Bardzki	59	445	35	6	41	415	47	136	110	246	101	104	205	—	—
Bräunlich	8	51	2	1	8	50	4	18	8	26	16	7	23	—	—
Brühn	124	451	51	27	78	921	250	110	59	169	59	32	91	—	—
Fode Ko.	240	256	87	83	120	342	154	99	67	166	62	—	62	16	—
Duschendorf	11	53	9	2	11	38	18	24	—	24	15	—	15	2	—
Luboldt	—	469	—	—	—	391	70	125	79	204	125	79	204	—	—
Grebe	84	47	10	32	42	84	47	18	29	47	8	—	8	3	—
Jung	—	56	—	—	—	41	15	—	21	21	—	21	21	—	—
Kühn	82	58	21	25	46	121	1	39	22	61	18	—	18	3	—
Lehmann	—	378	—	—	—	268	110	102	32	134	102	32	134	—	—
Löblich?	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lummer	48	344	35	4	39	302	90	106	45	151	71	41	112	—	—
Norand	119	750	83	8	91	526	343	149	116	265	66	108	174	—	—
Rind	101	103	17	38	55	115	89	28	30	58	11	—	11	8	—
Rind	125	515	63	13	81	576	64	153	135	288	65	122	207	—	—
Schulenburg	78	24	11	28	39	96	6	29	21	50	18	—	18	7	—
Seide	26	74	24	—	24	56	44	36	—	36	12	—	12	—	—
Scheibner	40	58	3	19	22	52	46	5	21	26	2	2	4	—	—
Teichmann	240	168	30	92	122	248	160	93	44	137	63	—	63	48	—
Wölisch	27	27	2	13	15	42	12	8	15	23	6	2	8	—	—
Wöigt	86	650	30	14	34	360	286	114	81	195	94	67	161	—	—
C. Weber	750	234	171	204	375	824	135	254	185	439	83	—	83	19	—
Weißflog	—	55	—	—	—	39	16	39	—	39	39	—	39	—	—
Späthe	26	5	20	—	20	13	11	13	—	13	—	—	—	—	7
Erler	66	53	46	20	66	96	24	96	—	96	50	—	50	20	—
Galvert	24	20	—	24	24	40	4	—	40	—	—	16	16	—	—
Sehla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	2303	5344	695	653	1348	521	2046	1794	1160	2934	1106	633	1739	126	7

Es waren also Webstühle

im Oktober 1915 2303 besetzt, 5344 leer
 „ Juli 1914 5521 „ 2046 „
 Beschäftigt waren:
 im Oktober 1915 695 männliche, 653 weibliche
 „ Juli 1914 1794 „ 1160 „
 Zusammen:
 im Oktober 1915 1348 Beschäftigte
 „ Juli 1914 2954 „

Mit hin waren also im Oktober 1915 in den Betrieben mit weniger Beschäftigten 1106 Weber und 633 Weberinnen weniger beschäftigt wie zu Beginn des Krieges. In den Betrieben mit mehr Beschäftigten betrug die Zahl der Mehrbeschäftigten 7 Weber und 126 Weberinnen.

Im Juli 1914 waren 2954 Weber und Weberinnen an 5521 Webstühlen beschäftigt gleich 1,8 Webstühle auf die Arbeitskraft; im Oktober 1915 kamen auf 1348 Weber 2303 Webstühle oder 1,7 Webstühle auf die Arbeitskraft. Die im Oktober unbesetzten 5344 Webstühle ergaben 69 Proz. der gesamten Webstühle.

Man kann sich an Hand dieser Ziffern vorstellen, wie schlecht es um den Unterhalt des Lebens bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der sächsisch-thüringischen Textilindustrie bestellt sein mag.

Die Arbeitslosenunterstützung in der Stadt Gera beträgt:

Ehepaar ohne Kinder, wöchentlich	12,— Mt.
„ mit 1 Kind	14,— „
„ 2 Kindern	16,— „
„ 3 „	18,— „
„ 4 „	20,— „
„ 5 „	22,— „
Für jedes Kind über 14 Jahren	3,50 „
Für alleinstehende Personen (eigener Haushalt oder in Logis)	7,50 „
do. weiblich	6,50 „

Der erzielte Lohn wurde bisher nur mit 60 Proz. in Anrechnung gebracht.

Unserer Geschäftsstelle in Gera ging vom Fürstlichen Ministerium die folgende Zuschrift zu:

„Nach einer Mitteilung der Handelskammer hier haben sich die der Ortsgruppe Gera des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien angehörigen Arbeitgeber bereit erklärt, die Krankenkassenbeiträge für die Versicherung der erwerbslosen Frauen nach der ersten, der Männer nach der zweiten Lohnklasse zu übernehmen.“

Wir glauben, was die Geraer Unternehmer können, das können auch die Unternehmer in anderen Orten.

Vaterländische Pflicht.

In der Korrespondenz „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ Nr. 9, wird es als eine vaterländische Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Führer bezeichnet, die Massen hinsichtlich der Ernährung zu beruhigen. Es heißt in dem Artikel „Volksernährung und Gewerkschaften“, die Gewerkschaften hätten sich in dem Kampfjahr, das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinheitslebens bewährt. Sie hätten das Vertrauen in die vaterländische Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft des deutschen Arbeiters voll auf gerechtfertigt, die Politik des 4. August, die Politik der Vorbehalt- und bedingungslosen Übergabe an das kämpfende Vaterland auch gegen vereinzelte Widerstände aus ihnen nahehergehenden Kreisen entschlossen vertreten, den Willen zum Durchhalten gepflegt. Eine große und mächtige Aufgabe falle den Gewerkschaften aber auch auf dem Gebiete des Ernährungswesens zu. Die Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsblätter befäßen entscheidenden Einfluß auf erhebliche Massen der städtischen Bevölkerung. Ton und Tendenz

ihrer Darlegungen und Ausführungen entschieden einigermassen über die Ruhe und Nervosität, mit der ihre Hörer und Leser die Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt betrachten. Aber auf der anderen Seite entspräche es doch nur ihrem eigenen, selbst- und freigewählten Programm positiver Staatsbejahung und bedingungslosen Durchhaltens bis zum glücklichen Ende, wenn sie durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung mit dazu beitragen, daß jede, auch die geringste Störung und Hemmung unserer Kriegsführung durch die Ernährungsfrage unterbleibe. Dies zu erreichen, sei durchaus möglich, denn die Möglichkeiten in der Lebensmittelversorgung seien nicht so schwerwiegend, daß man sich mit ihnen bei

und weil sich die Zeit der alten Assignaten nicht wiederholen soll. Um diese Gefahr zu vermeiden, borgt der Staat nicht allein bei der Bank, sondern auch beim Publikum Kriegsanleihe.

Und so kann der Staat seine Ausgaben durch folgende Mittel regeln:

1. Indem er auf Kredit kauft im Auslande.
2. Indem er mit Banknoten zahlt, die von der Bank von Frankreich hergestellt sind und durch sie an den Staat gegeben werden.
3. Indem er mit dem vom Publikum geliehenen Gelde zahlt.
4. Endlich, aber nur zum kleinen Teil, manchmal kaum zu einem Zehntel, indem er mit dem Gelde der Steuerzahler zahlt.

Es bleibt nur noch zu sagen übrig, daß gegenwärtig und solange der Krieg dauert der Staat fast nichts zahlen wird auf die oben in Rechnung gestellten 20 oder 30 Milliarden. Er kann also seine Operationen lange fortsetzen vermittels der vier Quellen, die wir soeben bezeichnet haben; wenn die zweite und vierte vor allem verstopft sind, so sind doch die erste und die dritte von Erschöpfung noch weit entfernt.

Für den Augenblick ist das recht beruhigend — doch später? O, später wird sicher die kritische Stunde kommen, sie, die für den Staat wie für die kleinen Leute eine recht schmerzliche sein wird. Man wird dann die Rechnungen der Lieferanten begleichen, die Vorläufe der Bank von Frankreich zurückzahlen und die Schatzanweisungen vom Publikum wieder einlösen müssen. Und der Staat wird auch den Bewohnern der verminteten Gebiete den durch den Krieg erwachsenen Schaden ersetzen müssen, der sich auch auf Milliarden beläuft.

Was unternimmt der Staat, um dies alles bezahlen zu können?

Er könnte — und das wäre die einfachste und leichteste Lösung — die Franzosen verpflichten, alles in Form von Steuern zu bezahlen. Das wäre gewiß hart, aber keineswegs unmöglich. Die Summe der Einkünfte der Franzosen kann man auf das Jahr vielleicht auf 30 Milliarden Frankreich schätzen. Die zu bezahlende Rechnung würde also eine Jahreseinnahme verschlingen. Man kann aber den Franzosen im allgemeinen dies nicht zumuten, weil sie sonst auf ein Jahr nichts zum Leben hätten. Doch den begüterten Klassen könnte man wohl zumuten, während zweier oder dreier Jahre auf die Hälfte oder ein Drittel ihrer Einkommen zu verzichten, je nach den Verhältnissen. Gaben sie nicht auch ihr Budget in diesem Verhältnis eingeschränkt? Sie brachten also ihre jetzige Lebensweise nur einige Jahre fortzusetzen, noch einige Jahre wie im Kriege zu leben, und da sie daran gewöhnt sind, wäre das gar nicht so hart. Das würde 10 Milliarden pro Jahr ausmachen. In drei Jahren wäre alles bezahlt. Und alles würde erleichtert aufatmen, wenn es hieße: Quitt! Und mit leichteren Schritten könnte Frankreich in die Zukunft schreiten.

Wir bemerken dazu für den Leser, daß er alles hier Gesagte auch auf jedes andere Land übertragen kann.

Ein Aufstieg.

Adelheid Popp, unsere österreichische Genossin, hat ihrer „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ ein zweites Bändchen folgen lassen: „Aus meinen Erinnerungen“, erschienen im J. G. W. Dieckmann Verlag in Stuttgart.

Wir lernen darin das Leben einer Proletarierin kennen, die sich aus der Tiefe durch Wühlarbeit und strenge Selbstaufopferung ein geistiges Leben in fraulicher Würde geschaffen hat. Das Kind flüchtet sich in die weite fremde Stimmung der Erwachsenen, die ihre alltägliche Dede in Räuber Geschichten farbige und geräuschvoll, von Geistern umspült, ausstoben. In ihnen ist das wirkliche Leben so ausgeschaltet, daß die Forderungen der Menschen nie hervorbrängen. So wie heute, da man sich nicht mehr gemeinsam Geschichte erzählt, sondern heimlich und einfach Gedrucktes geschlängelt, Sekundärliteratur, die ein verlogenes Lebensbild aufrollt, in dem wiederum die einfachsten Ansprüche an das Leben von phantastischen Schicksalshoffnungen unterdrückt werden.

Aber um so mehr schmerzen die Demütigungen des Proletarierkindes, die Adelheid Popp aus ihrer Kindheit schildert. Sie erleidet eine Tragödie mit ihrem Lebensbuch, das sie in Sturm und Unwetter verliert und das sie durchmüht und beschädigt wieder erhält, um dann von den Kindern und Lehrern Qualen ausstehen zu müssen, weil niemand die Not erfährt, daß eine arme Mutter kein Geld hat, um ein neues Buch zu beschaffen. Bis das Kind dann nach vielen Gängen zu den Wohlhabenden endlich wieder in den Besitz eines ordentlichen Schulbuches gelangt, hat das arme kleine Menschenkind schmerzliche Leiden ertragen, von denen in ihrer Niedrigkeit kein Mensch erfährt.

Ein andermal ist das Mädchen im glücklichen Besitze einer Gandoal Beilchen. Es war ein fremder Garten, den sie bewahrt hatte. Der Wärter stört die Kinder drohend aus ihrer Freude auf. Alles flüchtet auseinander, die kleine Adelheid gerät in ihrer Angst auf ein Wehr, über das sie zitternd klettert und sich endlich durch eine Lücke zwängt. Die Zuschauer sind starr vor Entsetzen, so daß es zu keiner Abstrafung kommt. Das Mädchen, das der Lebensgefahr entronnen ist, dessen Herz in Schrecken pocht, wird von der Mutter wegen dieser tollen Tat geprügelt.

Wieder einmal macht sich das Kind mit einigen selbstverdienten Kreuzern auf und besucht das Marionettentheater, in dem ihm eine unbekannte, wunderbare Welt aufgeht, die alle Leiden und Entbehrungen in Entzücken wandelt. Unter diesem Eindruck stürzt das Mädchen nach Hause und jauchzt die Freude in die enge, armelige Stube hinein. Die Mutter entsetzt sich über diese Vergeudung des Geldes für Tand, man hätte Lebensmittel dafür haben können. Das Kind wird geschlagen, später aber aus Mitleid geliebt. Im Schoße der armen Mutter weint das Kind seine Enttäuschung, sein Leid, seinen Leichtsinns aus.

Um diese frühen Leiden reißt sich das Leben in der Fabrik. Die Arbeiterinnen machen sich das Dasein erträglich durch eingetübte Genüsse. Ein Mädchen studiert Theaterkritiken und beherrscht auf dem Papier alle Erscheinungen der Bühnenwelt. Die einen sind stumpf, andere rechtlichaffen, wieder andere genießen das Leben, um es zu ertragen. Adelheid hält innigste Andacht in einem Kirchhofe, wo sie an Allerleien eine Wachskerze entzündet für irgendein Ideal, einen Ritter aus Stein, der Jugend, Schönheit, Sehnsucht nach irgendeinem lebendigen Ziel in sich birgt. Nach diesen Ein-

einigem guten Willen in einer Zeit, wo die Schicksale führenden Großstaaten in den Schmelztiegel geworfen seien, nicht abfinden könnte. Und an diese Darlegungen wird die Hoffnung geknüpft, die Gewerkschaften würden zweifellos in diesem Punkte ganz ebenso wie in ihrer übrigen Kriegsarbeit weiterhin ihre vaterländische Pflicht erfüllen und die nationale Aufklärungsarbeit übernehmen.

Die Gewerkschaften und ihre Blätter sind auch schon bei dieser Aufklärung und bemühen sich zu zeigen, daß es in Deutschland an nichts für die Ernährung fehlt, sondern daß die Teuerung auf anderen Ursachen beruht. Mehr läßt sich nicht tun; es ist alles, was zur „Beruhigung“ der Massen gesagt werden kann. Es kann höchstens noch hinzugefügt werden, daß es vermutlich ganz anders wäre, wenn die Vorschläge der Arbeitervertretungen beizeiten befolgt worden wären.

Die Kriegsausgaben.

Die Kriegskosten der kriegsführenden Staaten belaufen sich pro Tag auf 350—380 Millionen Frank, 10—11 Milliarden pro Monat, kommen also auf 180—200 Milliarden, wenn die Feindseligkeiten achtzehn Monate und auf 250 bis 300 Milliarden, wenn sie zwei Jahre währen. Welche ungeheure Summe. Und in sie sind noch nicht die Ausgaben für die Mobilisation in den neutralen Staaten einbezogen.

Es ist interessant zu wissen, wie die beteiligten Länder vorgehen, um eine so ungeheure Summe aufzubringen und die Schuld wieder zu begleichen.

Der französische Volkswirtschaftler Charles Gide gibt darüber folgende Erklärung:

Vor Beginn des Krieges bestand das französische Budget aus 5 Milliarden Einnahmen und 6 Milliarden Ausgaben, es hatte also ein Defizit von 1 Milliarde. Nach einem Jahre waren die Ausgaben auf 24 Milliarden gestiegen, während, infolge des Krieges, die Einnahmen auf 2—3 Milliarden sanken. Der Staat mußte also seine Ausgaben bedeutend erhöhen in der Zeit, wo seine Einnahmen beträchtlich sanken. Das konnte er nur durch Inanspruchnahme starken Kredits. Seine Käufe im Auslande in Höhe mehrerer Milliarden — für Munition und Ausrüstung — wurden auf Kredit gemacht, d. h. indem die Verkäufer nur Schatzanweisungen statt Geld bekamen. In Wirklichkeit sind sie also noch nicht bezahlt. Was die Ausgaben im Inlande betrifft, die den weitaus größten Teil ausmachen, so wurden sie bezahlt. Bezahlt! Doch wie? Mit Banknoten.

Was ist nun aber ein Banknote? Nun, der Name sagt schon genug, es ist ein Versprechen zu zahlen, weiter nichts. Zu zahlen, wann? In normalen Zeiten sofort, bei Sicht, d. h. bei Vorlage des Scheins, wie es auf allen aufgedruckt ist. Doch in diesen Kriegszeiten ist der Ausdruck lügnerrisch, denn man weiß nicht, ob die Bank zahlen wird. In keinem Fall wird es vor Beendigung des Krieges geschehen, und wenn es geschieht, erst lange nachher, vielleicht erst in zehn oder zwanzig Jahren. Wenn also der Staat in Banknoten zahlt, so zahlt er nichts aus seiner Tasche. Dennoch sagt man, sagt sich jeder von uns, wenn er eine Ausgabe in Banknoten macht, er zahlt ebenso reell wie wenn er in Gold zahlte. Und das ist auch so, weil der Banknote, den wir unserer Brieftasche entnehmen, durch Gold oder Produkte erworben wurde. Doch der Staat erwirbt ihn bequemer, ohne Gold, ohne Geld, er macht bei der Bank eine Anleihe. Die Bank von Frankreich durfte nur, nach dem Gesetz, für 6800 Millionen Banknote ausgeben und hatte auch vor dem Kriege nur für 6000 Millionen oder 6 Milliarden ausgegeben. Ein neues Gesetz ermächtigte sie aber, für 15 Milliarden auszugeben. Warum? Zu dem einzigen Zweck, damit sie an den Staat jene 9 Milliarden an Banknoten mehr ausgeben könne, mit denen der Staat seine Ausgaben befreitete. Und wenn diese Ziffer nicht genügt, wird man sie auf 20 Milliarden erhöhen.

Dennoch würde man es vorziehen, nicht so weit zu gehen, weil die Ausgabe einer so großen Menge von Banknoten die Bank in Mißkredit bringt und ihre Wertschätzung verringert,

Bildungen kommen sächliche und schlechte Freier des Mädchens, die sie von sich weißt.

Die junge Arbeiterin gerät durch die Textilarbeiterbewegung in Versammlungen und beginnt die Tafsachen des Lebens der Arbeiter zu sehen. Die Arbeiter ergingen sich damals noch in albernen Märchen über die unbekannte Erscheinung der Rednerinnen, die sie als Mannweib oder auch als höhere Wesen bestaunten.

Adelheid Bopp wächst in der Bewegung und erträgt die Mühen der Agitation, die in der ersten Zeit Unbehaglichkeiten, oft Belästigung, Widerstände der Behörden mit sich bringen.

Die Agitation zergliedert die heutige Ehe, auch die Mängel der Proletariatsleben. Die Reigungen erschöpfen sich rasch, wenn die Frau dem Manne geistig nicht zu folgen versteht.

Die Agitation zergliedert die heutige Ehe, auch die Mängel der Proletariatsleben. Die Reigungen erschöpfen sich rasch, wenn die Frau dem Manne geistig nicht zu folgen versteht.

Adelheid Bopp erzählt Fälle, wie der Mann durch unmäßigen Genuß von Alkohol vertiert und die Gemeinschaft von Eltern und Kindern zerstört. Sie wendet sich gegen die Frau, die den Mann zu besitzeln wähnt, um ihn zu hemmen.

Adelheid Bopp erhofft aus den Erfahrungen, die die Frauen im Weltkriege machen, eine Befreiung aus der Unselbstständigkeit, die Gewöhnung an eigenes Handeln, das der Erfahrung entspringt.

Saltet zusammen!

Diesen Mahnruf erläßt einer unserer früheren Unterkassierer in Sorau, der sich jetzt als Landsturmman in Fußland befindet. Er meint, die zu Hause litten zwar unter der Teuerung, hätten aber doch nicht die Strapazen auszuhalten wie die im Felde Stehenden, und seien auch nicht in beständiger Lebensgefahr.

Soziales.

Tablelle zur Berechnung der Rente für Kriegsinvaliden. Die auf Grund des Mannschafsvorsorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 zu gewährenden Renten bestehen 1. in einer Grundrente, die

Table with 4 columns: für Feldweibel, Sergeanten, Unteroffiziere, Gemeine. Values range from 900 to 540 Mf. monthly.

beträgt. Hinzu tritt eine Kriegszulage von 180 Mf. jährlich gleich 15 Mf. monatlich und unter bestimmten Voraussetzungen eine Verfümmelungszulage von 27 Mf. monatlich, die in gewissen Fällen bis zu 54 Mf. erhöht werden kann.

Es beträgt eine Rente für Gemeine:

Table with 4 columns: bei einer Verfümmelung von, im Grundbetrag monatlich, mit Kriegszulage in Höhe von 15 Mf., mit Verfümmelungszulage v. 27 Mf. Values range from 10 to 100.

Bei einer Verfümmelungszulage von 54 Mf. beträgt die Rente monatlich 114 Mf. Bei Renten von mehr als 50 Proz. tritt für die Mitglieder von landesgesetzlich anerkannten Knappschaftsvereinen nach erfüllter Wartezeit die Knappschaftspension und bei Renten von mehr als 66 2/3 Prozent nach Entrichtung von mindestens 200 Beitragswochen die Reichsinvalidenrente hinzu.

Beihilfe zur freiwilligen Weiterversicherung für Krieger und Arbeitslose. Vom Ministerium des Innern in Gera kam folgender Bescheid: „Nach einer Mitteilung der Handelskammer hier haben sich die der Ortsgruppe Gera des Verbandes der Sächsisch-Thüringischen Webereien angehörigen Arbeitgeber bereit erklärt, die Krankenkassenbeiträge für die Versicherung der erwerbslosen Frauen nach der ersten, der Männer nach der zweiten Lohnklasse zu übernehmen.“

Aus Handel und Industrie.

C. T. I. „Friedensstimmung“ auf der Bradforder Wollbörse. Von einem angesehenen und langjährigen Besucher der Bradforder Wollbörse ist auf der letzten Vereinigung der Wollhändler die Stimmung der Börse als „Friedensstimmung“ bezeichnet worden. Er wollte damit die Tatsache kennzeichnen, daß sich die Verkäufe in Wollen, Kammtzügen, Kämmlingen und Wollabfällen, ebenso in Garnen nicht wie bisher fast ausschließlich in solchen Beschaffenheiten vollziehen, welche, wie grobe und mittlere Grobwebe, für Seeresartikeln gebraucht werden, sondern daß vielmehr die Umsätze in Kammgarnen und Wollen, die in der Herstellung von Geweben für die Zivilbevölkerung gebraucht werden, ganz besonders umfangreich waren.

Vermischtes.

Polizeimaßnahmen gegen Gewerkschaftsvertreter. Am 18. Oktober sollte in Köln eine Versammlung für die bei einer Baufirma beschäftigten Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer stattfinden, in der die Vertreter der Gewerkschaften Bericht über die Frage der Teuerungszulage geben wollten.

„Da sich die Teilnahme an der Versammlung vom 18. d. M. nicht lediglich auf die Arbeiter der Firma Seltz u. Heinemann beschränkte, so war die Versammlung öffentlich und unterlag der Genehmigung des Königl. Gouvernements. Eine solche war nicht erteilt, und konnte daher die Beteiligung anderer Personen als der fraglichen Arbeiter polizeilich nicht geduldet werden.“

Der letzte Absatz des polizeilichen Schreibens erinnert stark an die frühere Behandlung der Arbeiterbewegung; noch auffällender aber ist, daß die Anwesenheit von zwei Gewerkschaftsangehörigen, die auf Wunsch der Mitglieder an dieser Besprechung pflichtgemäß teilnehmen mußten, die Versammlung sofort zu einer öffentlichen und genehmigungspflichtigen macht. Bisher soll Verhättnisbesprechungen auch in Köln niemals etwas in den Weg gelegt worden sein.

Ein fünfundsiebzigjähriges Gewerbegericht. Das Gewerbegerichts-gesetz in seiner ersten Fassung ist erst 25 Jahre alt. Das „Königliche Gewerbegericht in Solingen hätte aber jetzt seinen 75. Geburtstag feiern können. Am 31. Oktober 1840 erließ König Friedrich Wilhelm ein „Regulativ“ über die Errichtung und Verwaltung des Fabrikgerichts für den Friedensgerichtsbezirk Solingen. Damit entsprach er den Forderungen der uralten Solinger Industrie, die bereits im 13. Jahrhundert Polizeirechte hatte und am 23. Dezember 1778 für die vier Solinger Hauptberufe ein „Wahlgericht“ bekommen.

Berichte aus Fachreisen.

Lublin D. Sch. Schon wieder ein Vorsitzender einer Zirkale unseres Bezirkes gefallen: Josef Eicher aus Lublin. In schwieriger Situation, nach mehreren Maßregelungen in der Kammgarnspinnerei, übernahm er die Leitung unserer jungen Ortsgruppe. Der Stillstand des Betriebes verjagte ihn zu Anfang des Krieges in eine Pulverfabrik. Von dort trat er dann ins Heer ein. Er fiel bei Dünaburg in Rußland. Mit uns trauert seine Frau um den braven Menschen. Wir werden das Andenken dieses treuen Kollegen in Ehren halten.

Sturm!

Von A. Lässig

Aus dem Schützengraben.

Sturm! O wie schaurig klingt dieses Wort! Was soll es bedeuten für uns, ist es Sport? Oder hat unser Stündlein geschlagen? Man wagt es kaum, so sich zu fragen.

Zuvor wird die Stellung erst sturmreif gemacht — Vermöge Granaten höllischer Kraft. Und Salve auf Salve zischt wütend hinüber. Noch gehn wir zum Angriff nicht über.

Nach einer Stunde jedoch — kaum mehr — ertönt der Befehl: „Pflanz auf das Gewehr!“ „Zum Sturm! Marsch, Marsch, Hurra!“ Man denkt nun nicht mehr, man ist nur noch da.

Verstummt ist nun der Kanonen Getöse. Und wir springen vor, in nur halber Größe, Dem feindlichen Graben schnell zu. Der Feind eröffnet sein Feuer im Nu.

Es knattern des Feindes Maschinengewehre Und mahen vernichtend im Felde der Ehre Der Menschen so viele und armen: Sein Himmel hat da Erbarmen.

Der Feind ist bezwungen — er weicht schon zurück — Der Graben genommen, jawohl, mit Geschick, Doch mancher dabei fand so früh seinen Tod, Sah nicht mehr das nächste Morgenrot. . .

Briefkasten.

M. N. in Gr. Wir raten Ihnen, unter Einbindung der Anerkennung der Vaterkraft und der Urkunde über die Geburt des Kindes sich an den österreichischen Konsul in Dresden zu wenden. Sie werden dort sicher die gewünschte Auskunft erhalten.

M., Sorau. Wir können Feldpostbriefe nicht mehr abdrucken, da wir sie im Original der Zensur vorlegen müssen, was wir im Interesse der Schreiber meist vermeiden müssen, da sie oft im Unmut über ihre trostlose Lage Mitteilungen machen, die der Zensurbehörde mißfallen würden.

Berichtigung.

In dem Artikel in voriger Nummer „Menschenökonomie und Frauenarbeit“ muß es im letzten Absatz statt . . . und wenn sie während der Arbeitszeit nicht mehr ihre Kinderfreuden nicht immer sehr liebevollen Menschen überlassen müssen . . . heißen: . . . nicht mehr ihre Kinder fremden, nicht immer sehr liebevollen“ usw.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen. Vorstand. Sonntag, den 5. Dezember, ist der

49. Wochenbeitrag fällig.

Das Mitgeltedsbuch des Kollegen Karl Max Kunze, Rundstuhlarbeiter aus Limbach, geboren am 17. Februar 1897 in Limbach, in den Verband eingetreten am 14. Dezember 1913 unter Stammnummer 638211 ist verlorengegangen. Das Buch wird hiermit für unguiltig erklärt und ist bei etwaigem Auftauchen an uns einzusenden.

Dem Mitgliede Josef Gerth, geb. am 8. Sept. 1864 zu Niederhändisch, Bez. Senftenberg (Oesterreich), eingetreten am 8. Januar 1910 in Mannheim-Sandhofen, ist sein Mitgeltedsbuch gestohlen worden. Bei seinem Auftauchen wolle man es anhalten und uns einsenden.

Der Vorstand. Adressenänderungen. Gau 1. Halberstadt. Kollege Schulze eingezogen. Nichts mehr senden. Gau 2. Salza a. S. B. Luis Gerlach, Nordhauser Str. 54. Alle Sendungen an diese Adresse. Gau 3. Biersen. K. u. Geschäftsführer: Jakob Hendricks, Kleine Bruchstr. 25 a. M.-Gl. a. B. Alles an die oben angegebene Biersener Adresse. Gau 5. Colmar i. El. Der V. Kollege Koch ist eingezogen. Alle Sendungen an Karl Koch, Thannaderlestr. 2 I. Gau 11. Löbau i. S. V. G. Becker, Karolastr. 2. K. Ad. Köhler, Delfa b. Löbau i. S., Nr. 34. Arbeitslosenunterstützung.

Zusammenkünfte. Mitglieder-Versammlungen. Sonnabend, 11. Dez. Duisburg.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 4. Dezember. Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit 6 versehenen Artikel Hermann Krässig, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.